

Neues aus dem Neckartal  
in Farbe jetzt auch auf  
www.tuebingen.die-linke-bw.de

Ortsverband Rottenburg  
Hirrlingen Starzach Neustetten  
www.die-linke-rottenburg.de

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### ÖPNV: Wird Ergenzingen abgehängt?

#### Verschlechterungen für Ergenzinger Bahnfahrer drohen

Kürzlich hat sich in Ergenzingen die „Interessengemeinschaft zur Verbesserung der Bahnverbindung Ergenzingen“ (IG Bahn) gegründet, um eine andauernde Verschlechterung der Zugverbindungen von und nach Stuttgart zu verhindern.

Ergenzingen ist der größte Teilort Rottenburgs und im Regionalplan als Schwerpunktgemeinde mit Gewerbegebiet ausgewiesen. Zahlreiche Menschen pendeln ein – das Gewerbegebiet wächst seit Jahren - und aus, vor allem Richtung Böblingen und Stuttgart. Jetzt droht eine doppelte Verschlechterung, zeitlich und finanziell.

#### Umsteigen bringt Ärger

Im krassen Widerspruch zur wachsenden Feinstaub-Belastung für Stuttgart und zur CDU-Freude über steigende Gewerbesteuererinnahmen steht die Anbindung des Stadtteils an den ÖPNV. Bis zum Fahrplanwechsel Ende 2015 gab es umsteigefreie Anschlüsse nach und von Stuttgart im Stundentakt. Seit dem neuen Interimsfahrplan halten die Züge nur noch alle zwei Stunden. Grund ist u.a. die Entscheidung von

Bund und Land, den IC Stuttgart-Zürich ca. eine halbe Stunde späterfahren zu lassen.

In ihrem Brief an den baden-württembergischen Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann hält die IG Bahn dagegen: „Nach unseren Informationen könnten durch geringe technische Aufrüstung – z.B.



Foto: N. Kern

weiteres Blocksignal zwischen den Bahnhöfen Bondorf und Eutingen die Streckenkapazität erhöht und damit die Fern- und Nahverkehrsverbindungen parallel ohne Einschränkung erfolgen.“ Der Fahrplanwechsel Ende 2017 führt zu weiteren Verschlechterungen. Vergleichlich mit Dezember 2015 sollen werktags fünf der 17 umsteigefreien,

stündlichen Direktverbindungen nach und von Stuttgart wegfallen. Nagold ist alle 30 Minuten über den VVS mit Stuttgart verbunden.

#### 2,60 Euro für drei Kilometer

Doch nicht nur der erhöhte Zeitaufwand durch Umsteigen in Bondorf ärgert die Berufspendler aus Ergenzingen, sondern auch die Mehrkosten. Denn in Bondorf – drei Kilometer vor Ergenzingen - endet der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS). Ab Bondorf kostet ein VVS-Tagesticket für fünf Personen (inklusive Stuttgart) ganze 19,60 Euro. Doch für die drei Kilometer bis Bondorf muss jeder erst einmal 2,60 Euro berappen, macht für fünf Personen 13 Euro zusätzlich. Zum Vergleich: Im nahe gelegenen Eutingen kann man ein Regio-Plus-Ticket bis Karlsruhe und darüber hinaus bis Neustadt/Weinstraße für fünf Personen lösen: es kostet für Hin- und Rückfahrt 29,60 Euro. Davon ist Ergenzingen weit entfernt. >>>

#### Lesen Sie weiter:

- Integrationsbeirat - mehr als ein Feigenblatt Seite 2
- Haftende Hetze - Immer mehr rechte Sticker in Rottenburg Seite 3
- Erlebnisse eines ehrenamtlichen Helfers Seite 4
- Kindersoldaten bei der Bundeswehr Seite 5
- Sigmar Gabriel in Mali: Deutschlands Sicherheit bedroht Seite 7

Als kleines Trostpflaster wurde den ErgenzingerInnen seit 2012 das Metropol-Ticket angeboten. Damit die Pendler es nicht nutzen, sondern abgezockt werden können, gilt es erst ab 9 Uhr morgens und kostet 18,50 Euro für eine Person, jede weitere zahlt zusätzlich vier Euro. - Danke schön!



### Politik und Bahnvorstand versagen

Dieser Unfug zeigt: Den politisch Verantwortlichen fehlt ein Denken in Zusammenhängen. Wie wirkt sich die Entwicklung von Gewerbegebieten auf die Pendlerzahlen und den notwendigen Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs aus, einschließlich Verkehrsbelastung von Straßen und Feinstaub in Innenstädten wie Stuttgart? Seit 2005 hat sich die Zahl der täglichen Einpendler aus den umliegenden Landkreisen nach Stuttgart um 30.000 auf 235.000 (14,6%) erhöht, die der Auspendler um 42,7 Prozent. Jahrelang verschleppte die Bahn den Aus-

bau des Nahverkehrs (S-Bahn), die Wartung ihrer Züge und die Einstellung ausreichenden Personals. Hohe Krankenstände, Zugausfälle und massenhafte Verspätungen sind die Folge. Bundesregierung und Bahnvorstand benachteiligen immer noch den ÖPNV gegenüber prestigeträchtigen Fernverbindungen („Magstrale“ Paris – Budapest, sprich: Stuttgart 21). Es profitieren die Autokonzerne. Kein Wunder: Bis auf Ex-Vorstand Ludwig stammen alle Bahnvorstände aus dem Daimler-Konzern. Oberpeinlich: **Die Politik schafft es nicht einmal, die Gäubahn mit der Schweiz rechtzeitig auszubauen, wozu sie der Staatsvertrag verpflichtet!**

### Vorrang für Nahverkehr!

Gegenüber diesem Versagen brauchen wir einen Politikwechsel zugunsten der Bürger und der Umwelt durch soforti-

gen Ausbau des ÖPNV und einer Gesamtplanung von Wirtschaftsansiedlung, Verkehr und Wohnen. Die Benachteiligung von Ergenzingen gehört auch in den Gemeinderat und Kreistag. Die Liste 'Bürger für Ergenzingen' unterstützt die Anliegen der „IG Bahn“.

Zur umfassenden Information der Öffentlichkeit über die Verschlechterungen des ÖPNV ist eine Veranstaltung mit den Verantwortlichen aus Bahn und Politik geplant. Außerdem soll Anfang Mai ein Gespräch zwischen Bahn, OB Neher und Ortsvorsteher R. Baur stattfinden.

**Wir sind gespannt, welche Infos davon an die Öffentlichkeit dringen werden!**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

## **Integrationsbeirat – mehr als ein Feigenblatt! Ein erster Schritt für eine solidarische Bürgerschaft**

**Kürzlich hat der Gemeinderat zehn Personen ausländischer Herkunft und fünf Mitglieder des Gemeinderats erstmals für einen Integrationsbeirat gewählt. Er soll die Interessen von ca. 4.900 Personen aus 111 Nationen (fast 12 Prozent der Bevölkerung) vertreten. Viele leben und arbeiten hier seit Jahren.**

Unter dem diffamierenden Begriff „Gastarbeiter“ wurden sie ausgegrenzt und von der politische Beteiligung an unserem Leben ausgeschlossen. Sie waren nur als „Gäste“ geduldet, die meist unter entwürdigenden Bedingungen und zu schlechten Löhnen arbeiten mussten. Deshalb hat sich **DIE LINKE** seit langem dafür eingesetzt, dass Rottenburg einen Integrationsbeirat bekommt.

Zusammen mit Szuzanna Kiss-Rabata und vielen anderen wurde ein Konzept ausgearbeitet und beim Integrationsforum vorgestellt.

Die Grundidee: Alle Initiativen wie die internationalen Vereine, Rottenburg International mit seinem Dolmetschernetzwerk, dem Kochkurs, dem Interna-

tionalen Chor, das Asylcafé und die zahlreichen offiziellen Beratungsstellen miteinander zu verknüpfen, damit das Gewicht dieser großen Bevölkerungsgruppe zur Geltung kommt. Das ist jetzt mit dem Integrationsbeirat ein Stück weit erreicht.

**DIE LINKE** freut sich!

### Stellungnahme von Dr. Emanuel Peter, **DIE LINKE**, im Gemeinderat:

1. Zunächst möchte ich allen Kandidatinnen und Kandidaten herzlich danken, die sich bereit erklärt haben, für den Integrationsbeirat zu kandidieren, und ich gratuliere allen, die gewählt worden sind.

Rottenburg hat Mitbürgerinnen und Mitbürger aus über 100 Nationalitäten, von denen leider nicht alle im Integrationsbeirat persönlich vertreten sein können. Insofern wünsche ich mir, dass der Integrationsbeirat auch Ansprechpartner für Menschen dieser Nationalitäten ist, die aktuell nicht vertreten sind, und dass er aktiv auf Menschen dieser Nationalitäten zugeht, um deren Bedürfnisse und Interessen zu erfahren

und sie in den Beirat einzubringen.

2. Ich sehe im Integrationsbeirat einen ersten Schritt zu einer offenen Bürgergesellschaft auf kommunaler Ebene. Denn wir wollen eine Kommune sein für alle Menschen, die hier zum Teil seit Jahrzehnten leben, arbeiten, Steuern zahlen und sich engagieren. Sie brauchen volle politische Rechte auf allen gesellschaftlichen Ebenen, um in ihrer Würde und Leistung anerkannt zu werden. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, in dem auch wir Deutsche von anderen Kulturen, Religionen und Gesellschaften lernen können und müssen.

Unser heutiges Europa beruht auf diesem jahrhundertelangen Prozess in allen Wissensbereichen. Diejenigen, die sich zu den überholten Ausgrenzungen und Nationalismen des 19. Jahrhunderts zurücksehnen, schaden unserer Zukunft.

**Deshalb ist der heutige Schritt wichtig für den Beginn einer neuen solidarischen Bürgergesellschaft in unserer Stadt. Ich wünsche uns allen dabei viel Erfolg!**

# Haftende Hetze - Immer mehr rechte Sticker in Rottenburg

## Nicht weiter eine schweigende Mehrheit sein

Aus Geschichtsbüchern und Dokumentarfilmen kennen wir die Schilder aus dem Jahr 1933 mit der Aufschrift: „Juden sind hier nicht erwünscht“. Was in den Jahren darauf folgte, ist jedem be-

**[solid] Rottenburg**  
sozialistisch, demokratisch, pazifistisch!

kannt.  
Wenn wir heute durch Rottenburg gehen, sehen wir immer öfter Sticker oder Plakate mit dem Spruch „Refugees not Welcome“. Es ist nicht zu übersehen: Es gibt immer noch Menschen, die an faschistischen Ideologien festhalten und versuchen, diese Ideologie mehr und mehr in unsere Mitte zu tragen.

Naziparolen, Flugblätter und Nazisymbole sind in der Öffentlichkeit verboten. Diese Taten können mit einer hohen Geldstrafe oder mit bis zu drei Jahren Haft verurteilt werden. Doch hier in Rottenburg und Umgebung finden wir trotzdem immer häufiger rechtsextreme Parolen und Symbole.

Es ist in der letzten Zeit schon fast normal geworden, dass Hakenkreuze an Schulen in Tische und Fenster geritzt werden, zahlreiche rechtsextreme Sticker an Spielplätzen, Kindergärten und Schulen kleben und Plakate mit fremdenfeindlichen Parolen an Stromkästen und Zigarettenautomaten angebracht sind. Diese sind dort tage-, wochen- oft sogar monatelang zu sehen. Teilweise werden an Schulen rechtsradikale Symbole, sogar über Jahre hinweg, nicht entfernt. Das ist mehr als fatal, wenn man bedenkt, dass so bei manchen jungen Menschen leicht der Eindruck entstehen kann, dass rechte Hetze und faschistische Propaganda toleriert wird.

In der Stadt waren es zunächst nur vereinzelte Sticker. Auf ihnen war z.B. „NS-Area“ zu lesen, was nationalsozialistischer Bereich bedeutet, „Antifa-banden zerschlagen“ oder „Refugees not welcome“. In den letzten Monaten wurden es immer mehr Schmierereien und es häuften sich Sticker mit Aussagen wie z.B. „Nazi-Kiez“. Erst in den letzten Tagen musste man „Nationaler

Sozialismus Jetzt“ an vielen Orten z.B. am Eingang des Sumelocenna-Museums lesen. Besonders hervorgetreten durch zahlreiche Sticker ist der 3. Weg, eine rechtsextreme-neonazistische Kleinpartei. Sie wurde 2013 unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger NPD-Funktionäre gegründet. Diese und weitere rechte Gruppen verbreiten hier in Rottenburg ihr menschenfeindliches Gedankengut.

**Wir bitten die Stadt(-verwaltung) deshalb nachdrücklich in Zukunft schneller und gründlicher gegen diese Nazi-propaganda vorzugehen und so ihrer Verantwortung, vor allem gegenüber der jungen Generation, nach zu kommen.**

Rechte Propaganda wird legal online verbreitet. Dadurch haben Neonazis



heutzutage eine enorme Reichweite, gerade bei der Jugend. Die Nazis von heute sind nicht mehr nur noch die „Glatzen in Springerstiefeln“. Sie sind jung, auf den ersten Blick vielleicht cool, auf den selben Plattformen wie die Jugendlichen aktiv - und sie sind rechtsextrem.

In den Medien wird zur Zeit des öfteren über die *Identitäre Bewegung* berichtet. Besonders durch die mediale Präsenz auf sozialen Netzwerken kommen sie bei Jugendlichen gut an, und können sie so leichter für ihre Sache gewinnen. In einem von ihnen veröffentlichten Video mit dem Titel „Kriegserklärung“ hetzen junge Männer und Frauen gegen eine „erzwungene Mischung der Rassen“. Sie sehen sich als „Opfer der 68er-Bewegung“, warnen vor dem „Multi-Kulti-Kollaps“. Massiv hetzen sie gegen Muslime. „Ihr Ziel ist vergleichbar mit einer völkisch-nationalistischen Bewegung der Weimarer Repub-

lik.“ (Rechtsextremismusforscher Matthias Quent)

Es ist an uns allen, jungen Menschen ganz deutlich zu zeigen, dass Faschismus und Nationalismus keine Alternativen sind. Durch Sticker und Plakate werden Jugendliche auf solche Gruppierungen aufmerksam. Besonders für junge Erwachsene mit ohnehin schon rechtem Gedankengut sind die abgedruckten Parolen ein Ansporn, beflügelt ihre Fantasie und lässt sie diese, im schlimmsten Falle, dann in die Tat umsetzen.

In den letzten Jahren sind Menschen in unser Land gekommen, die vor Krieg, Verfolgung, physischer wie psychischer Gewalt und Armut fliehen. Es ist einfach unfassbar, dass es Personen gibt, die die Unterkünfte dieser Menschen mit Flaschen bewerfen, wie es im vergangenen Jahr in Dettingen passiert ist. Sie versuchen Geflüchtete einzuschüchtern, ihnen Schaden zuzufügen und sie zu verletzen. Es sind genau diese Personen, die Rottenburg mit Stickern und Plakaten überschwemmen.

Im Dezember 2015 beleidigte ein 22 jähriger Mann, am Rottenburger Bahnhof zwei Frauen aus Gambia rassistisch, griff sie an und verletzte eine der beiden dabei schwer.

**Wir rufen dazu auf**, nicht weiterhin nur eine schweigende Mehrheit zu sein, die solche rassistischen Taten verurteilt. Wir müssen uns sichtbar dagegen stellen. Sticker entfernen oder überkleben, wählen gehen, im privaten Kreis klar Position beziehen und öffentlich aufstehen gegen Faschismus. Lassen wir uns von ein paar wenigen lauten Neonazis nicht einschüchtern, sondern lasst uns durch unser Handeln lauter sein.

**Zeigen wir, dass Rottenburg nicht braun sondern bunt, nicht faschistisch sondern tolerant, nicht abgeschottet sondern offen, nicht voller Hass sondern voller Solidarität ist, sodass sich hier in Rottenburg jeder willkommen fühlt!**

(Redaktionelle Überarbeitung: N. Kern - Originaltext unter [linksjugend-solid-bw.de/rottenburg/](http://linksjugend-solid-bw.de/rottenburg/))

# Erlebnisse eines ehrenamtlichen Helfers

## Ein Gastbeitrag

**Jetzt betreue ich das syrische Paar schon seit mehr als zwei Jahren und warte auf einen Termin für die erste Anhörung. Beide Asylsuchende kamen in Italien an. Der Mann flüchtete über das Meer auf einem Schiff, das mit über 500 Personen völlig überladen war. Es gab nur Stehplätze und außer Datteln und Wasser nichts zu essen und zu trinken. An Land wurden sofort Fingerabdrücke und Personalien genommen, danach waren die Menschen sich alleine überlassen. Die ersten Nächte schliefen sie auf der Straße und unter Brücken, mit Betteln und Suppenküchen stillten sie ihren Hunger. Die Frau war krank und kam mit dem Flugzeug. Nur mit Hilfe einer fremden Person in Italien war es möglich, sie für die Weiterreise nach Deutschland gesund zu pflegen.**

Nach schrecklichen Fluchterfahrungen hier die Ungewissheit: **Wie geht es weiter?**

So fragte ich vor zwei Monaten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Berlin an. Dann kam der Brief, ich erschrak: Der Anhörungstermin war schon vorbei! Für meine Asylsuchenden brach eine Welt zusammen. Sie wussten, ihr Asylantrag steht immer in Gefahr, kein Termin darf verpasst werden. Sofort rief ich an: Der Angestellte des BAMF hatte sich vertippt, der Termin war erst einen Monat später. Zum Glück hatte die Geflüchteten mich. Kurz darauf kam der Brief mit dem neuen Termin.

### Die erste Anhörung

In der Zeit bis zum Termin sprachen wir mit mehreren Personen, was bei einer Anhörung so alles gefragt wird. Je näher der Tag kam, umso aufgeregter wurde mein Paar. Sie beruhigten sich, als ich anbot sie zu begleiten. Die Nacht davor war kurz. Um morgens pünktlich in Karlsruhe anzukommen, nahmen wir einen Frühzug. Er kam in Pforzheim verspätet an, beim Umsteigen war unser Zug nach Karlsruhe schon weg. Wir mussten ein Taxi nehmen, um rechtzeitig zur Anhörung zu kommen. Nach eingehender Kontrolle unserer Taschen und Papiere wurden wir in ein voll besetztes Wartezimmer

geschickt. Darin waren ca. 25 Erwachsene und 13 Kinder, das kleinste Baby war zwei Monate. Wir setzen uns und warteten. Nach über 3 ½ Std. wurde uns mitgeteilt, dass wir wieder gehen könnten. Es sei zu spät, es seien zu viele Leute da. Wir sollten morgen wiederkommen. Mein heftiger Protest wirkte: Vielleicht würden wir doch noch drankommen.

Nach weiteren zwei Stunden wurden wir aufgerufen. Zuerst wurden die Personalien abgefragt. Grund der Flucht und Erlebnisse während der Flucht, Angehörigkeit zu politischen Gruppierungen in Syrien. Fragen nach allen Verwandten, was sie arbeiten. Wo die Kinder leben, wo sie arbeiten, bzw.



studieren und wer sie finanziell unterstützt. Wie wurde die Flucht bezahlt. Sind Schlepper bezahlt worden. Genaue Fluchtbeschreibung, Tag oder Monat genau. Wie und wann kamen sie nach Deutschland. Was würden sie tun, wenn der Krieg im Heimatland beendet wäre, würden sie ihr Land beim Wiederaufbau unterstützen. Während der Anhörung saß ein Dolmetscher am Tisch, der alles übersetzte.

Nach 2 ¾ Std war die erste Anhörung beendet, mittlerweile war es 17.00 Uhr. Es wurde uns mitgeteilt, dass wir morgen wiederkommen müssen. Die zweite Person komme heute nicht mehr dran, obwohl diese seit 8.40 im Wartezimmer saß.

Die ganze Zeit ohne Essen oder Trinken, das gab es dort nicht. Später erzählte mir jemand, dass alle morgens um dieselbe Uhrzeit einbestellt werden, Flüchtlinge kämen ohnehin immer verspätet! Zum Schluss des ersten Tages wurden ihnen noch die Fingerabdrücke abgenommen.

### Zweiter Tag der Anhörung

Der zweite Tag begann wieder frühmorgens mit dem Zug nach Pforzheim, wieder war der Anschlusszug nach Karlsruhe weg. Mit der Straßenbahn erreichten wir rechtzeitig unser Ziel. Nach einer Stunde Warten in einem vollen Zimmer ging die Anhörung vom Vortag weiter. Zum Schluss wurde der gesamte Bericht übersetzt und mit der Unterschrift des Asylsuchenden versehen.

Dann wurde die Frau angehört, zwei Stunden lang. Wieder wurden Personalien, Fluchtgründe, Erlebnisse vor der Flucht, die den Ausschlag gegeben haben, erfragt, auch nach Fluchthelfern bzw. Schleppern. Besonders wichtig schien, wie die Flucht finanziert wurde. Sie musste genau erzählen, woher das Geld kam. Warum waren sie krank, warum wurde ihnen von einer fremden Person geholfen? Wie könnten sie sich ihre Krankheiten erklären?

### Warum werden solche Fragen gestellt? Was haben sie mit dem Bleiberecht in Deutschland zu tun?

Nach diesen zwei anstrengenden Tagen zählt für uns nur eins: Wann wird diesen Asylanträgen endlich stattgegeben? Wir alle waren mit unseren Kräften völlig am Ende, die Anspannung war zu groß, alles Erlebte von der Flucht kam in den zwei Tagen zur Sprache.

### Warum müssen Menschen, die so viel Trauriges erlebt haben, noch einmal vor völlig Fremden über alles sprechen?

Für mich war diese Begleitung das Wichtigste, was ich für meine Freunde machen konnte. Für sie war es enorm hilfreich, dass sie diesen schweren Weg nicht alleine gehen mussten.

Der Verfasser bzw. die Verfasserin sind der Redaktion bekannt. Um eventuelle Nachteile für die Antragsteller zu vermeiden, wurde der Beitrag nicht namentlich gekennzeichnet.

# Kindersoldaten bei der Bundeswehr

## Minderjährige sollen Lücken stopfen

**Wenn von Kindersoldaten gesprochen wird, denken wir zuerst an Kinder im fernen Ostasien oder in Afrika, die von Erwachsenen dazu missbraucht werden, Menschen zu töten. Man reibt sich die Augen, wenn man von Kindersoldaten in der Bundeswehr liest. Nach unserem Verständnis sind es eher Jugendliche und keine Kinder, aber nach der Definition der Pariser Prinzipien sind alle Personen unter 18 Jahren Kindersoldaten.** (Siehe Kasten.)

Ausgehend davon „dienen“ also in der Bundeswehr sehr wohl Kindersoldaten. Ungefähr 1 500 Minderjährige haben sich 2015 verpflichtet. Das ist kein Zufall. Die Bundeswehr wirbt massiv unter Jugendlichen und Kindern an Schulen, in Jugendmedien, auf Jugendseiten im Internet und bei Werbeveranstaltungen der Bundeswehr.

Die Bundeswehr braucht rund 15.000 neue Rekruten jährlich. Die Personalnot der Bundeswehr macht (er-)finderisch. Jeder potenzielle Soldat muss angesprochen werden. Die Bundeswehr tut so, als ob sie kein normaler Arbeitgeber wäre. Sie ist ein noch besserer Arbeitgeber mit attraktiven und abwechslungsreichen Tätigkeiten. „Aktiv. Attraktiv. Anders.“ Würde sich bei diesem Thema Zynismus nicht verbieten, dann wäre die Attraktivität zusammenzufassen mit: Krisensicher! Todsicher!

Die Bundeswehr betreibt Karrierebüros und Karrierecenter. Mit lockeren Werbesprüchen versucht sie auf einem konkurrierenden Arbeitsmarkt auf sich aufmerksam zu machen. Mit auf Jugendliche zugeschnittenen Internetauftritten wird massiv geworben.

Was ist eigentlich so schlimm, wenn es bei der Bundeswehr Kindersoldaten gibt? Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht alleine Auto fahren, sie dürfen nicht wählen, aber sie dürfen bei der Bundeswehr mit Einverständnis ihrer Eltern an Waffen ausgebildet werden. Sie dürfen nicht an der Waffe eingesetzt werden. Teilnahme an Auslandseinsätzen und an Wachdiensten ist ihnen verboten. Dies wird wohl als eine Art Kinderschutz verstanden. Weshalb traut man dem Jugendlichen

nicht das verantwortungsvolle Führen eines Kfz zu und eine vernünftige politische Wahlentscheidung, sehr wohl aber die Entscheidung für eine militärische Ausbildung, deren Ziel es

**Kindersoldaten sind „alle Personen unter 18 Jahren, die von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen rekrutiert oder benutzt werden (...), darunter Kinder, die als Kämpfer, Träger, Nachrichtenübermittler, Spione oder zu sexuellen Zwecken benutzt werden.“** Pariser Prinzipien, 2007

letztendlich ist, zum Töten befähigt zu werden? Einerseits werden sie entmündigt, andererseits wird ihnen Reife zugestanden. Übrigens ist das Fahren schwerer Motorräder erst 2 Jahren nach Ablegung der Fahrprüfung erlaubt - also mit 20 Jahren. So unterschiedlich kann die Einschätzung des Gefährdungspotenzials sein!

Die Einstellung Minderjähriger wird damit begründet, dass es eine Unterstützung in der Berufsfindungsphase darstelle und in der Regel nicht erst mit dem 18. Lebensjahr eine Entscheidung bezüglich des einzuschlagenden Berufs falle. Die Doppelbödigkeit der Einstellungspolitik ist offensichtlich. Nach außen Ächtung von Kindersoldaten und im Lande werden Minderjährige an der Waffe ausgebildet.

So attraktiv, wie auf den ersten Blick scheint der Dienst an der Waffe doch nicht zu sein. 2015 haben 800 Wehrdienstleistende, die als Minderjährige freiwillig eingetreten sind, die Bundeswehr wieder verlassen, teils innerhalb der sechsmonatigen Probezeit (281), teils danach (519). Sind diese Jugendlichen auf eine raffinierte Werbemasche der Bundeswehr hereingefallen? Haben sie früher oder später erkannt, welchen Arbeitgeber sie haben und welches Produkt sie unter welchen Bedingungen herstellen? Innerhalb der sechsmonatigen Probezeit ist ein Verlassen der Bundeswehr jederzeit möglich. Danach ist der Jugendliche auf das Entgegen-

kommen der Bundeswehr angewiesen. Eigenmächtige Abwesenheit vom Dienst ist gemäß Wehrstrafgesetz unter Strafe gestellt. Wie viele Verfahren gegen Minderjährige angestrengt wurden, konnte im Rahmen einer Kleinen Anfrage der LINKSFRAKTION von der Bundesregierung nicht beantwortet werden.

Die immer wieder dokumentierten Vorkommnisse, Missbrauch und Mobbing in der Bundeswehr, zuletzt in Pfullendorf und Bad Reichenhall, lassen fragen, ob die Bundeswehr ein zu empfehlender Ausbildungs- und Arbeitsplatz ist.

Diejenigen, die die Bundeswehr vorzeitig wieder verlassen haben, konnten



auf die Frage „Was sind schon 1000 Freunde im Netz gegen einem Kameraden?“ eine eindeutige Antwort geben. Wie sehr schaden diese „Kündigungen“ dem Image des Arbeitgebers?

Im Freundes- und Bekanntenkreis werden die Gründe dafür gewiss kursieren. Die Bundeswehr wird mit noch mehr irreführende Werbung dagegen halten. Aber vielleicht sind bereits Minderjährige zu alt, um nach einer Probezeit darauf herein zu fallen. Die Bundeswehr als Abenteuerspielplatz ist ein gefährlicher Ort.

**DIE LINKE fordert im Einklang mit der Kinderrechtskonvention der UN den Rekrutierungsstop für Minderjährige .**



**Norbert Kern**  
Wendelsheim

## Rente muss zu einem Leben in Würde reichen! Teil 1

Wir, Sozialverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen in Baden-Württemberg sehen dramatische Verschlechterungen in der Altersversorgung der Menschen in unserem Bundesland auf uns zu kommen und haben uns deshalb zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um uns gemeinsam und mit anderen Organisationen und Bündnissen für eine Altersversorgung einzusetzen, die zu einem Leben in Würde reicht. Wir wollen uns dafür stark machen, Armut im Alter im reichen Baden-Württemberg zu verhindern.

**Gut ist:** Die Themen Rente und Altersversorgung rücken immer mehr in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussionen.

**Schlecht ist:** Das Rentenniveau aller sinkt, die Renten vieler werden schon in näherer Zukunft nicht mehr ausreichen, um ein Leben in Würde nach einem arbeitsreichen Leben führen zu können.

Eine reiche und soziale Gesellschaft darf es nicht länger zulassen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, in Armut geraten. Überdies hat Armut nicht nur eine ethische Dimension, sie bedeutet auch einen unmittelbaren volkswirtschaftlichen Schaden durch ausfallenden Konsum, erhöhte Krankenkosten und führt zu einer erhöhten Mortalität.

**Stopp Altersarmut**  
Bündnis gegen Altersarmut  
in Baden-Württemberg

Niedriglohnsektoren, Zeiten der Arbeitslosigkeit, Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt, unsichere Beschäftigungsverhältnisse wie Solo- und Scheinselbstständigkeit, unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeit für Erziehungs- und Pflegearbeit, sind Gründe für Armut im Alter, von denen Frauen besonders häufig betroffen sind. Das abgesenkte Rentenniveau sowie viele weitere Verschlechterungen der gesetzlichen Regelungen in den Sozialversicherungen

gefährden die Lebenssituation fast der Hälfte aller zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Ein Wechsel in der Rentenpolitik ist dringend nötig und auch möglich. Die über 125 Jahre alte Rentenversicherung ist eine der größten Errungenschaften unserer Gesellschaft und eine große Erfolgsgeschichte. Ihr Ruf wurde durch die Leistungskürzungen der letzten Jahre gezielt beschädigt. Die Renten sind in den letzten Jahren immer weiter gesunken. Das Rentenniveau ist bereits bei 48 Prozent angekommen und soll und wird weiter sinken. Die gesellschaftliche Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung schwindet aber, wenn sie nicht mehr vor Armut schützt und den Lebensstandard nicht mehr sichert. Sie zu erhalten und zu sichern ist unsere Aufgabe und Ziel. Die gesetzliche Rente soll wieder die Wahrung des Lebensstandards im Alter ermöglichen. Sie muss Armut im Alter verhindern! Wir halten ein Rentenniveau von wenigstens 50 Prozent für erforderlich!

## Gelungener Protestauftakt auf dem Galgenfeld

### „Kein Gewerbegebiet Galgenfeld“

Deutlich über 100 TeilnehmerInnen, vor allem aus Kiebingen und vom Martinsberg, aber auch Gemeinderäte der Freien Bürger und **DIE LINKE**, protestierten am Samstag gegen ein mögliches Gewerbegebiet auf der Fläche zwischen Kiebingen und der Einmündung der Osttangente. Auf dem Acker steht jetzt ein Gerüst mit dem Banner des Ak-

tionsbündnisses „Kein Gewerbegebiet Galgenfeld“, das nach eigenen Angaben innerhalb kurzer Zeit schon über 1.000 Unterschriften für den Erhalt der wunderschönen Kulturlandschaft unterhalb des Rammerts gesammelt hat und mit weiteren Aktionen auf sich aufmerksam machen wird. (Text und Fotos: Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat)



# Sigmar Gabriel in Mali: Deutschlands Sicherheit bedroht

Wie verkauft man uns Bürgern einen Krieg um Bodenschätze als „Sicherheit“?

**Am gleichen Tag, als Donald Trump den Luftschlag gegen die syrische Armee befahl, besuchten Außenminister Gabriel und der französische Verteidigungsminister Ayrault ihre Truppen in Mali. Die Bevölkerung in diesem Land ist bitterarm, obwohl es mit 50 Tonnen jährlich der drittgrößte Goldproduzent Afrikas ist und über große unerschlossene Bodenschätze wie Erdöl, Erdgas, Phosphat, Kupfer, Bauxit verfügt. Der staatliche französische Atomkonzern Areva, der seit Jahren im Nachbarland Niger Uran für billigen Atomstrom in Frankreich abbaut, entdeckte kürzlich in Südmali Uran.**

Von den Reichtümern hat die Bevölkerung nichts, nicht einmal genug Trinkwasser und Wasser für Reis- und Gemüseanbau ist da: Über 50 Prozent der Bevölkerung lebt in extremer Armut, 74 Prozent sind Analphabeten, Kinder und Jugendliche haben keine Perspektive, weil es keine Schulen gibt. 90 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos.

Dies ist der Nährboden für eine „reiche Ernte“ religiöser Terroristen: Drei Islamisten-Gruppen haben in Nordmali Hunderte Jugendliche für den Krieg rekrutiert, indem sie ihnen monatlich 90 Euro zahlen (Frankfurter Allgemeine, 19.1.2013). Kriminelle Banden schmuggeln Drogen, Zigaretten und Waffen und terrorisieren im Namen des Islam die islamische Landbevölkerung mit Gräueltaten.

Gerade hat Verteidigungsministerin von der Leyen das Bundeswehr-Kontingent für Mali aufgestockt: Von den 11.000 UN-Soldaten kommen jetzt 1.000 aus Deutschland, um die Einhaltung des Friedensabkommens zu überwachen – und den Abbau der Bodenschätze für Europa zu sichern. **„Wir in der Politik (müssen) unserer Bevölkerung erklären, dass das, was die Soldatinnen und Soldaten hier leisten, letztlich auch für die Sicherheit in unserem Land in Europa wichtig ist“**, erklärte Gabriel beim Besuch der Polizeischule in Bamako, wo 140 Bundeswehrsoldaten malische Streitkräfte im Rahmen der EU-Mission EUTM ausbilden. Mit „Sicherheit“ führt man Krieg!

Ursprünglich wurde die Bundeswehr 1953 gegründet, um die territoriale Sicherheit unseres Landes gegen äußere Angriffe zu verteidigen. Sie dient zur Abschreckung. Das Grundgesetz hat einen Friedensauftrag (Präambel). Aktuell ist die Bundeswehr in 15 Auslandseinsätzen aktiv, die nichts mehr mit der ursprünglichen Begrenzung dieses Auftrags zu tun haben. In Anspielung auf den Ausspruch von Peter Struck, Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt, sagte Ruprecht Polenz (CDU): „Das Eingreifen in Mali ist also auch wegen der europäischen und deutschen Sicherheitsinteressen erforderlich.“ (2013)

**Systematisch haben neoliberale Politiker zusammen mit Militärs in den 1980er Jahren den Begriff der „Sicherheit“ erweitert, um globale Kriege zu rechtfertigen. Sicherheit wird auf alle gesellschaftlichen Bereiche und damit geografisch auf die ganze Welt ausgeweitet. Ein Angriff kann „präventiv“ erfolgen.**

Klassisch hat dies Joseph Joffe formuliert: „Vernetzte Sicherheit heißt, dass auch einfließt, was nicht rein militärisch ist: Energie, Sanktionen, Wasser, strategisch relevante Exporte, zerfallende Staaten, Terrorabwehr, Rüstungskontrolle, Seewege, Handelskonflikte, Entwicklungspolitik.“ (Die Zeit, 5.2.2010)

Hatte die CDU es 1991 noch nicht gewagt, sich am Golfkrieg militärisch zu beteiligen, so sprengte die grün-rote Koalition 1999 alle Tabus, zog in den Kosovo-Krieg und setzte die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr“ um. Sie erklären „einen freien und ungehinderten Welt-Handel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen“ als Kriegsgrund für die „deutschen Sicherheitsinteressen“. Darin ist sich Gabriel auch aktuell mit Donald Trump völlig einig, der den Angriff auf Syrien mit den Worten der USA rechtfertigte: „Es liegt im ent-

scheidenden nationalen Sicherheitsinteresse der USA, die Verbreitung und den Einsatz tödlicher Chemiewaffen zu verhindern und davon abzuschrecken.“ Dies war keine versteckte Kritik an Deutschland, das zwischen 1998 und 2011 über 360 Tonnen Chemikalien nach Syrien exportierte, das laut Handelsblatt zur Herstellung von Giftgas genutzt werden kann (30.9.2013).



Angesichts der Forderung von Trump, jedes NATO-Land solle zwei Prozent des Haushalts für das Militär ausgeben, sieht Schäuble die Notwendigkeit, über den Sicherheitsbegriff neu zu diskutieren: „Ich glaube zum Beispiel,

dass die Stabilisierungsrisiken in Afrika auch etwas mit Sicherheit zu tun haben.“ (Stuttg. Zeitung, 16.3.2017) Trumps Forderung würde fast eine Verdoppelung des aktuellen Bundeswehr-Haushalts von 45 Mrd. auf 75 Mrd. US-Dollar bedeuten – mehr als die Supermacht Russland momentan fürs Militär ausgibt!

Natürlich hält Ursula von der Leyen die US-Forderung für angemessen. In ihrer neuen offensiven Cyber-Armee mit künftig 13.500 Spezialisten findet die 'Entgrenzung' des Sicherheitsbegriffs seine Zuspitzung: Militäraktionen können beliebig und unabhängig von Ort, Zeit, Anlass und Personen jederzeit geführt werden.

**Es ist eine zentrale Aufgabe linker Politik, sich gegen die willkürliche Ausweitung von Militäreinsätzen in aller Welt mithilfe des Sicherheitsbegriffs zur Wehr zu setzen. An dieser Frage muss man SPD und Grüne messen, ob sie wirklich einen Politikwechsel in unserem Land oder nur einen Austausch von Köpfen wollen!**



**Dr. Emanuel Peter**  
Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## Dummheit, Verantwortungslosigkeit und Hybris Ich bin dabei gewesen!

Fragen Sie sich auch gelegentlich nach dem Sinn des Lebens? Ist es nicht auch Ihr Wunsch etwas für die Ewigkeit geschaffen - oder zumindest dazu einen kleinen Beitrag geleistet zu haben? Ein Apfelbäumchen zu pflanzen und ein Kind zu zeugen reicht da nicht. Ich kann Ihnen Ihre Unzufriedenheit nehmen!

Zwar klebte an Ihrem Auto und an Ihrer Aktentasche ein Aufkleber mit „ATOMKRAFT? - NEIN DANKE“ aber auf Strom aus Atomkraftwerken konnten Sie nicht verzichten. Und gerade das ist Ihr Beitrag für die Ewigkeit! Sie können sich zufrieden zurücklehnen und stolz auf Ihre Leistung sein..

Das Schöne an dem, was Sie der Nachwelt überlassen haben, ist, dass es kein vollendetes Werk ist, sondern so etwas ein „work in progress“. Es ist etwas unvollendetes, jedoch überzeitliches und regt dazu an, daran weiterzuarbeiten - lange Zeit. Sagen wir einmal mindestens 1 Million Jahre, denn so lange muss die Atomenergie-Altlast gehütet werden. Es ist keine teuflische Hinterlassenschaft. Es ist ein Denkmal für blinde Technikgläubigkeit und zeitlosen Geschäftssinn oder ist es eher ein Nachweis von Dummheit, Verantwortungslosigkeit und Hybris?

Wer erinnert sich nicht an Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011!

Seit 1962 der erste Kernreaktor an Netz ging, sind, wenn 2031 (so genau kann plötzlich atomare Planung sein) ein Endlagerstandort festgelegt ist, fast 70 Jahre vergangen. Auch bewahrt sich wieder die alte Weisheit: Kommt Zeit, kommt Rat - kommt Endlager. 2050 soll dann das Endlager stehen und für 1 Million Jahre (!) die strahlenden Reste sicher verwahren. Ganz böse Zungen behaupten übrigens, dass ein Endlagerstandort erst zwischen 2088 und 2096 feststehen dürfte und der erste Atommüll 2117 eingelagert sein wird.

Zwischenzeitlich gerät nichts in Vergessenheit. Sollten die Atomkraftwerke einmal wieder zu einer grünen Wiese geworden sein, dann erinnern immer noch Zwischenlager an die alten Standorte.

Es ist unverständlich, dass sich nicht jede Kommune um die Endlagerstätte reißt, zumal bei der Suche kein Stand-

ort bevorzugt werden darf. Leider fallen Ballungsräume für die Endlagerung weg. Wie schön wäre es doch, diese Lagerstätten zu Pilgerorten zu machen, sie nahverkehrstechnisch zu erschließen und als Gedenkstätten für Atomenergiepioniere zu gestalten.

Welche eine Werbewirksamkeit könnte ein Schild an der Autobahn haben, auf dem steht: Standort mit der bestmöglichen Sicherheit. Man müsste ja nicht darauf hinweisen, dass diese Sicherheit erst 500 bis 800 Meter unter der Erdoberfläche gesichert ist.

Ein „Standortauswahlgesetz“ wird diese Sicherheit garantieren. Stellen Sie sich vor: Ein Gesetz garantiert Sicherheit für 1 Million Jahre! Natürlich nur wenn die atomaren Fäkalien in Salz, Ton oder Granit gelagert werden. Eine „Bundesgesellschaft für Endlagerung“ und ein „Bundesamt für kern-technische Entsorgungssicherheit“ wird alles penibel überwachen.

Die Zeitgenossen, die auf Windkraft und andere regenerativen Krimskrams setzen, können einem Leid tun: Es wird nicht viel von Ihnen in ferner Zukunft künden - von uns hingegen eine in die Ewigkeit strahlende Altlast.

Norbert Kern, Wendelsheim



### Termine:

#### Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 29. April 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

#### Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 3. Mai 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7 (1. Stock über der Bäckerei)

#### Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 3. Juni 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

#### Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 7. Juni 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7 (1. Stock über der Bäckerei)

#### Kontakt zu linksjugend rottenburg:

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe: Freitag, 26. Mai 2017

# DIE LINKE.

## Neues aus dem Neckartal

### Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



### Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



### V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg  
Eichendorffstr. 49

